



Abendblatt.

Die auswärtige Politik im Abgeordnetenhaus.

§§ Berlin, 16. Februar. Im Abgeordnetenhaus ergriff heute sofort bei Beginn der Sitzung der Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwig das Wort und sagte:

„Vorher ich das Wort zur Tagesordnung erteile, erlaube ich mir, folgende Bemerkungen zu machen: Nach einer unter den Parteiführern des Hauses erfolgten Besprechung herrscht vollkommene Übereinstimmung darüber, daß das Abgeordnetenhaus zweifellos auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist, — wie dies auch in unserer Sitzung vom 23. März 1914 ausdrücklich festgestellt wurde. Auch dürfte es gerade in der gegenwärtigen ersten Zeit ein begrifflicher und berechtigter Wunsch aller Parteien dieses Hauses sein, ihren Anschauungen über die auswärtige Lage Ausdruck zu geben und daher für alle Parteien ein großes Opfer bedeuten, hierauf zu verzichten. Dennoch möchte ich glauben, daß im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Erörterung unserer auswärtigen Lage den Interessen des Landes nicht entsprechen, sondern dieselben möglicherweise schädigen könnte. Und unter diesen Umständen schlage ich vor, zu beschließen:

„Eine Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, — in Sonderheit unsere Kriegsziele, unsere Kriegführung und unsere Beziehungen zu den kriegführenden und den neutralen Staaten von der diesjährigen Etatsberatung auszuschließen.“

Darauf erwiderte der Sozialdemokrat Hirsch in Berlin: „Wir können dem Vorschlag des Präsidenten nicht entsprechen. Auch wir stehen mit den übrigen Parteien auf dem Standpunkt, daß das Abgeordnetenhaus auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist. Andererseits aber betonen wir, daß der Beschluß des Haushaltsausschusses eine Überschreitung seiner Kompetenzen ist. Einig sind wir mit dem Präsidenten darin, daß es ein begrifflicher Wunsch ist, daß in der gegenwärtigen ersten Zeit alle Parteien ihren Anschauungen über die auswärtige Lage Ausdruck geben. Wenn wir uns trotzdem gegen den Vorschlag des Präsidenten erklären, so wollen Sie bedenken, daß die Fragen, die jetzt aus der Debatte ausgeschlossen werden sollen, nicht von meinen Freunden im Staatshaushaltsausschuß angeschnitten worden sind, sondern von anderer Seite. Für uns ist die Tribüne des Parlaments die einzige Möglichkeit, unserer entgegengegesetzten Anschauung Ausdruck zu verleihen. Das Abschneiden des Wortes bedeutet die Ausdehnung einer Zensur des Hauses, gegen die wir uns auf das allerentschiedenste wehren müssen. Wir haben keine Pressfreiheit, keine Versammlungsfreiheit. Schon deswegen können wir auf eine solche Debatte in der Öffentlichkeit nicht verzichten. Ohne auf die Sache selbst einzugehen, erklären wir, daß wir gegen den Beschluß des Staatshaushaltsausschusses auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben nichts zu tun mit den Ansichten und Absichten, die dort ausgesprochen worden sind, und wir halten es für unsere Pflicht, die verantwortlichen Stellen vor Unbesonnenheiten zu warnen. (Weiterkeit rechts.) Gleichzeitig erklären wir, daß wir jetzt und in Zukunft jeden Versuch der Unterbindung der Redefreiheit im Parlamente mit allen Kräften entgegenzutreten werden.“

Der Vorschlag des Präsidenten wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und des Dänen Rissen angenommen.

Darauf bemerkte der Minister des Innern von Seebell: „Sie haben heute beschlossen, eine Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere der Kriegsziele, der Kriegführung und der Beziehungen zu anderen Staaten bei der diesjährigen Etatsberatung nicht erfolgen zu lassen. Die königliche Staatsregierung begrüßt diesen von Ihnen gefassten Beschluß, und wird ihrerseits gern davon absehen, Meinungsverschiedenheiten aus staatsrechtlichen Fragen in dieser ersten Zeit weiterhin zu erörtern.“

Dann wurde die Besprechung der Ernährungsfragen fortgesetzt. (Vergl. die dritte Seite der Zeitung.)

Amerikanische Kriegslieferungen.

Die „New-Yorker Handelszeitung“ berichtet: Von der Electric Boat Co. werden die sog. Moskitoboote geliefert, welche die Briten zum Abfangen der deutschen Tauchboote verwenden. Über 300 dieser Fahrzeuge, im Kostenpreis von 3000000 Dollars sind hier kontrahiert, und ungeachtet des Protestes des deutschen Völkchters hat die Bundes-Neutralitäts-Behörde gegen diese Ablieferung an Großbritannien nichts einzuwenden. Die Boote haben eine Länge von 60, Breite von 10 und Tiefe von 2 Fuß 10 Zoll; ihre Maschinen von 525 Pferdekraft entwickeln eine Fahrgeschwindigkeit von 30 Meilen die Stunde.

Kohlennot in Petersburg.

§§h. Aus Kopenhagen, 16. Februar, berichtet die „Abln. Ztg.“: Der Wirtshausbesitzer Wiedomski zufolge sind die Kohlenvorräte in sämtlichen Petersburger Stadtvierteln Anlagen nahezu erschöpft. Das städtische Hauptelektrizitätswerk verfügt nur noch über Kohle bis zum 20. Februar. Auch die Petroleumvorräte gehen stark auf die Neige. Im Januar überschritt der Verbrauch die Zufuhr um 45000 Kub.

Ämtlicher Bericht über die Kriegslage.

MA. Großes Hauptquartier, 16. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer griffen gestern Abend dreimal vergebens die von uns eroberte Stellung südöstlich von Ypern an. Ihre Gefangenenverluste betragen im ganzen rund 100 Mann.

In der Champagne wiederholten die Franzosen den Versuch, ihre Stellung nordwestlich von Tahure zurückzugewinnen, mit dem gleichen Mißerfolge, wie am vorhergehenden Tage.

Allgemein beeinträchtigt stürmisches Regentwetter die Kampftätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Schneetreiben auf der ganzen Front hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Verteidigungsmaßnahmen der Alliierten.

ch. „Empress“ meldet: Die englisch-französische Flotte, aus fünfzehn großen Einheiten bestehend, ist bei Vichy an der Gascogne-Küste angekommen. Weiter draußen ankern die Torpedozerstörer sowie Torpedoboote und ganz draußen die Hospitalschiffe. Unweit des kleinen Karaburun hält ein alter französischer Kreuzer, welcher durch seine Abwehrkanonen gegen Flugzeuge den französischen Flugplatz des kleinen Karaburun schützt. Vom Kap des großen Karaburun bis zum jenseitigen Ufer der Argosmündung in einer Länge von ungefähr sechs Kilometern dehnen sich lange Reihen von Drahtgelenken, deren erste von der darauffolgenden vierhundert Meter entfernt ist, während die dritte ziemlich nahe an die mittlere heranreicht. Hinter einer kleinen Bucht, welche durch das Vorpringen des großen Karaburun-Kaps gebildet wird, hält ein gepanzerter Kreuzer der Alliierten ständig Wache. Der zur Durchfahrt freigelassene Raum in den Drahtlinien beträgt hundert Meter. Zwischen den mittleren, leeren Räumen der drei Linien bewegen sich ständig mit Schmelzfeuergefechten ausgestattete Schlepper. Vom Argos bis zum Makron machen ein englischer und ein französischer Torpedozerstörer, südlicher gegen Makron zu hält gleichfalls ein äußerst schneller Torpedozerstörer Wache. Von Karaburun bis Jagesi erstreckt sich in drei bis vier Kilometer Abständen eine Kette von bewaffneten Schleppschiffen. Alle diese Maßnahmen aber vermochten ein deutsches Unterseeboot an der Verankerung des feindlichen Transportdampfers zwischen Makron und Karaburun nicht zu verhindern.

Englische Spionage in Griechenland.

§§ Aus Budapest, 15. Februar, erfährt die „B. Z. a. M.“: Aus Athen wird gemeldet, daß in Griechenland eine englische Spionageorganisation entdeckt worden ist. Vor einigen Tagen meldete ein Marineunteroffizier seinem Vorgesetzten, daß englische Agenten ihn dazu bewegen wollten, er möchte ihnen wichtige Dokumente verschaffen. Durch die von den Behörden eingeleitete Untersuchung wurde festgestellt, daß in Saloniki zahlreiche englische Spione tätig sind, deren Führer ein englischer Stabs-offizier ist. Bisher wurden vier Spione verhaftet.

Der Fliegerangriff auf Mailand.

§§h. Lugano, 16. Februar. Nach den letzten Meldungen sind bei den Fliegerangriffen auf Mailand insgesamt 18 Personen getötet worden.

Der englische Kreuzer „Caroline“ ist gesunken.

§§ Die „Hamburger Nachr.“ melden der „B. Z. a. M.“ zufolge aus Stockholm: Der bei dem letzten Zeppelin-Angriffe auf den Hamburger getroffene englische Kreuzer „Caroline“ soll infolge der schweren Beschädigung, die ihm durch eine Bombe beigebracht war, auf den Strand gesetzt werden. Das Schiff ist aber bei Grimsby gesunken; der Mast des Kreuzers ragt aus dem Wasser.

Bestürzung in England.

§§h. Mailand, 16. Februar. Der „Corriere della Sera“ meldet aus London, daß die sofortige Einberufung sämtlicher Unverheirateten von 31 bis 40 Jahren zum 18. März in ganz England das größte Erschrecken hervorrief und in vielen Kreisen sogar Bestürzung verursachte, weil man erwartet hatte, daß zunächst nur ein weiterer Teil der Unverheirateten einberufen werden würde, nachdem die im Alter von 19 bis 30 Jahren stehenden Männer sich bereits im Januar stellen mußten. Man legt auch Verwahrung dagegen ein, daß die Gerichtshöfe zur Prüfung von Befreiungsanträgen nicht mehr genügend Zeit hätten, ihres Amtes zu walten. Durch die sofortige Einberufung aller Klassen der Unverheirateten werden mit einer Barmannschaft von einem Monat auch alle Unverheirateten von 19 bis 40 Jahren einziehungsfähig.

Erlaß für Ferrromangan zur Herstellung von Granaten.

§§ Berlin, 16. Februar. Wieder muß von der Ausnahmerückrechnung unserer Feinde ein Posten abgesetzt werden. Im Sommer 1915 haben Engländer und Franzosen theoretisch einwandfrei bewiesen, daß bereits im Herbst 1915 die deutsche Stahlproduktion und damit die Herstellung von Granaten zunächst in der Höhe, dann aber auch in der Menge schnell bergab gehen müsse, weil die Mangankonzentration nicht länger ausreichen würden und die Zufuhr ausländischer Mangangeräte unterbunden sei. Daß die Granaten nicht schlechter geworden sind, und daß unsere Truppen, sowie die unserer Verbündeten daran keinen Mangel haben, konnten unsere Feinde inzwischen an allen Fronten selbst feststellen. Immerhin wird bei ihnen die Hoffnung geblieben sein, der kritische Augenblick sei nur verschoben, nicht aufgehoben.

Dieser kritische Augenblick liegt noch in unabsehbarer Ferne. Auf lange Zeit ist Deutschland auch heute noch mit Mangangeräten versorgt ohne die Mengen, die deutsche Bergwerke fördern und die zur Not allein ausreichen, um genügend Munition anzufertigen. Der Krieg hat aber darüber hinaus deutsche Wissenschaft und Technik veranlaßt, sich mit Ersatz des Ferrromangan für die Erzeugung von Stahl zu beschäftigen. Diese Ersatzfrage ist gelöst. Das Material wird aus inländischen Grundstoffen hergestellt, die sich in beliebig großen Mengen im Inland gewinnen lassen. Anlagen hierfür sind schon im Betriebe, und noch größere im Bau. Das Verfahren wird uns dauernd von der Zufuhr aus dem Auslande unabhängig machen. Es bedeutet gleichzeitig einen Fortschritt, und ist wirtschaftlicher als das bisherige Verfahren. Wie auf so manchen anderen Gebieten, wird auch hier durch die Politik der Absperrung das Gegenteil erreicht werden von dem, was ihre Urheber beabsichtigten.

Krieg bis zum Henkerstein.

MA. Paris, 16. Februar. (Agence Havas.) Unter der Überschrift „Kaiserliche Mandate“ schreibt der „Temps“: Es gibt Leute, die nichts entmutigt, und die trotz aller Warnungen harter dabei bleiben, ihre Auffassungen, die man nicht haben will, auszubringen. Es gibt Neutralität, die bei den Verfechten verharren, den Frieden zwischen den Völkern wiederherzustellen, indem sie sich einbilden, es würde möglich sein, durch großzügige Normen die schwersten Probleme, die die zivilisierte Welt kennt, zu lösen. Wir wollen gern zugeben, daß diese Neutralität von den beiden Absichten erfüllt sind und daß sie ihnen kein persönliches Interesse obwaltete. Aber nach dem Mißerfolg aller ihrer Versuche, eine Annäherung herzustellen, mühten sie sich zu überzeugen, daß ihr Standpunkt nicht der richtige sein kann. Wenn Deutschland verspricht, wirklich mit Wohlwollen alle Friedensvorschläge, die ihm die Alliierten machen würden, zu prüfen, hat dies keine Bedeutung aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Alliierten keine derartigen Vorschläge machen, sondern ihre Bedingungen den Mittelmächten diktiert werden, ohne daß es notwendig ist, sich danach zu erkundigen, ob Deutschland mehr oder weniger geneigt sei, sie zu erörtern oder anzunehmen. Der „Temps“ schließt: Wieder Frieden, noch Waffenstillstand, noch Vermittlung irgendwelcher Art, sondern Krieg bis zum Henkerstein, so sagt man die Lage in den Ländern der Alliierten auf. Wenn man sie dort anders auffassen wird, dann wird es nur deshalb der Fall sein, weil unsere Seele ihr Ziel erreicht haben und Österreich-Ungarn und Deutschland sich besieg erklären.

Aus Frankreich.

MA. Paris, 15. Februar. Briand und Bourgeois erstatteten dem heutigen Ministerrat Bericht über ihre italienische Reise und gaben dabei ihrer großen Befriedigung über die erzielten Ergebnisse Ausdruck.

Der Krieg der Türkei.

MA. Konstantinopel, 15. Februar. Das diesjährige Budgetgesetz ermächtigt die Regierung, im Verordnungswege eine Verbrauchssteuer auf Zigarettenpapier, Zündhölzer, Spielkarten, Zucker, Petroleum, Tee und Kaffee einzuführen und die bestehende Spiritusabgabe zu erhöhen.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

§§ „Nowoje Wremja“ weiß zu melden, daß, nachdem der Wasserstand des Tigris erheblich gefallen ist, General Sir Percy Lake, der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte im persischen Golf, mit starken Verstärkungen zu den Armeen Ahlmer und Younghousband gestoßen sei und sich mit diesen vereinigt habe. Seit einer Reihe von Tagen verurteilen die englischen Streitkräfte großangelegte Umfassungen manövrieren, um die Türken aus ihren sehr stark verfestigten Stellungen zu werfen. Diese Versuche gelangten nicht zum Ziel, und die Angreifer gingen auf ihre früheren Stellungen zurück. Später einsetzende britisch-indische Frontalangriffe gegen die türkischen Stellungen konnten infolge starker Verstärkungen, die die Türken einzuweisen in der Lage waren, nicht durchdringen. Auf radiotelegraphischem Wege meldet General Townsends, daß er in seinen Operationen beengt ist. Die ungunstigen Verpflegung- und Nachschubmöglichkeiten sind dem Gesundheitszustand der Heere nicht förderlich. Größere neu einsetzende Kämpfe sind bereits für die nächsten Tage zu erwarten.

Der französische Bericht.

MA. Paris, 16. Februar. Ämtlicher Bericht von gestern nachmittag: In der Champagne eroberten wir einen Teil der vorgeschobenen Grabenstellungen zurück, die von dem Feinde südlich der Straße Tahure-Somme-An am 18. Februar besetzt waren. In Lothringen Patronenmangel im Abschnitt von Reillon. Auf dem übrigen Teil der Front war die Nacht ruhig.



Die Front im Westen. 1) Priesterwald-Toul-Nancy
Mutmassliche Frontlinie. 0 5 Km W.T.B. 2577.

Amerika und wir.

Der politische Schriftleiter des „Bremser Tageblattes“ hatte eine Unterredung mit dem Leiter einer der größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, über die er folgendes berichtet:

Bremen, 11. Februar. Der Leiter einer unserer größten Schiffahrtsgesellschaften hatte die Liebenswürdigkeit, mir eine Unterredung zu gewähren, in der hauptsächlich die amerikanischen Dinge und das Problem Mitteleuropa erörtert wurden. Unsere Aussprache begann natürlich mit der Erörterung der neuen deutschen Seefriegsnote. Mein Gewährsmann begrüßte die Verschärfung des Unterseebootkrieges gegen England auf das wärmste, da er in England den gefährlichsten unserer Feinde sieht, dessen Niederzwingung mit allen Mitteln angestrebt werden müsse, denn ohne Englands Zwangung werde Deutschland sein Kriegsziel nie erreichen. Auf meine Frage, ob nicht zu befürchten sei, daß die neue Unterseebootserklärung störend auf den Gang der deutsch-amerikanischen Verhandlungen wirken werde, antwortete er verneinend. Es sei anzunehmen, daß bei diesen Verhandlungen auch bereits die deutsche Regierungserklärung mit besprochen worden sei.

Über den Gang der deutsch-amerikanischen Verhandlungen äußerte sich der Befragte verhältnismäßig optimistisch. Es sei auch nicht anzunehmen, daß Wilson ohne Befragung des Kongresses und des Senats, die beide jetzt versammelt seien, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland herbeizuführen gewagt hätte, und daß diese Körperschaften einem solchen Schritte Wilsons zugestimmt hätten, sei immerhin mehr als zweifelhaft.

Auf meine Frage, welche Nachteile für uns ein etwaiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten herbeiführen würde, erklärte mein Gewährsmann: Militärisch würde sich zunächst für uns die Lage kaum verändern, aber auf der anderen Seite würde die politische Lage sich für uns sehr verschlechtern. Einmal würden die reichen Geldmittel Amerikas der Entente unbeschadet zur Verfügung stehen, während bis jetzt die Entente-Anleihe in Amerika nur ein Tropfen auf einen heißen Stein gewesen seien. Sodann würden in diesem Falle die staatlichen amerikanischen Munitionsfabriken, die bisher keine Munition für die Alliierten geliefert hätten, aller Wahrscheinlichkeit nach auch in deren Dienst treten. Ferner würde die Verpflegung Belgiens, die bisher fast ausschließlich durch Amerika geschieht, in Schwierigkeiten geraten und schließlich würde der Druck auf die Neutralen, die bisher noch abseits stehen, so stark werden, daß auch sie zur Teilnahme am Kriege sich gezwungen fänden.

Auf meine Frage, welche Wirkung ein etwaiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika für unsere Schiffahrtsgesellschaften haben würde, antwortete mein Gewährsmann: Zunächst würde dann der wertvollste Teil unserer gesamten Handelsflotte, der in amerikanischen Häfen liegt, von den Amerikanern beschlagnahmt werden. Über den Vermögensverlust — es handelt sich um Werte von erheblicher Höhe — werde man schließlich hinwegkommen. Weit bedenklicher sei, daß es unter diesen Umständen nach dem Krieg der deutschen Schiffahrt an den für die Beförderung der notwendigen Rohstoffe erforderlichen Konnate völlig fehlen werde.

Unser Gespräch wandte sich dann der Frage zu, wie sich unsere Handelsbeziehungen nach dem Kriege wieder gestalten würden. Der Befragte meinte, daß unsere geschäftlichen Beziehungen zu England und zu Amerika, soweit wir auf diese beiden Länder und sie auf uns angewiesen sind, bald wieder aufgenommen würden. Allerdings dürfe man daran nicht zweifeln, daß die englischen Drohungen, den Handelskrieg auch nach dem Weltkrieg weiter zu führen, durchaus ernst gemeint sind. Es lasse sich nur nicht erkennen, wie man diese Drohungen in die Tat umsetzen wolle. Wenn etwa, was ja an sich denkbar wäre, England z. B. den Handel Australiens mit Deutschland unterbinden wolle, so müßte es, da doch Australien in seinen Produkten nicht erlösen könne, selbst diese Produkte, die es sonst zum größten Teil aus Südamerika beziehe, abnehmen. Da-

durch aber würde wiederum der südamerikanische Markt für Deutschland frei werden, England selbst also einen seiner besten Kunden verlieren. Eine andere Frage sei es, ob der Passagierverkehr den alten Umfang wieder erreichen werde. Die Saat des Hasses, die England durch seine Völgerei gegen uns ausgestreut habe, sei so groß, daß erst geraume Zeit dahingehen würde, bis ihre Nachwirkungen überwunden seien. Was solle man z. B. dazu sagen, daß selbst gebildete Holländer, die doch auch deutsche Zeitungen in die Hände bekämen, fest daran glaubten, in Deutschland herrsche Hunger und Not und sich für eine Reise nach Deutschland mit Mundvorrat versehen, um nur ja nicht verhungern zu müssen. Im Ausland würden eben die englischen Lügen nur zu bereitwillig geglaubt und man müsse deshalb leider damit rechnen, daß die deutsch-feindliche Stimmung noch länger anhalten werde.

Zum Schluß unserer Unterredung kamen wir auf das Problem Mitteleuropa zu sprechen. Auf meine Frage, welche Wirkung er sich von der Eröffnung des Landweges Berlin — Bagdad verspreche, erwiderte mein Gewährsmann, daß es sich um einen zwar augenblicklich sehr erwünschten Notbehelf, aber immer nur einen Notbehelf handle. Als Transportweg für Massengüter komme weder die Eisenbahn, noch die Donau, die einen ganzen Teil des Jahres nicht fahrbar sei, in Frage, nur die Seeschiffahrt könne wirklich einen großzügigen Frachtverkehr ermöglichen. So glaube er denn auch, daß der Schiffverkehr nach der Levante nach dem Frieden eine lebhaftere Steigerung erfahren werde, aber auch der Levanteverkehr könne erst dann in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, wenn England niedergelassen sei und ihm die Inseln wieder abgenommen seien, durch die es jetzt die östliche Hälfte des Mittelmeeres vollständig in seiner Gewalt habe. Die deutsche Schiffahrt dürfe in Zukunft unter keinen Umständen mehr auf den guten Willen Englands angewiesen sein, sondern die wirkliche Freiheit des Meeres müsse unser Ziel sein.

Lapfere Schleiher.

In den schweren Kämpfen an der Vorettshöhe war es, wo der Grenadier Kommando Bregilla aus Goroßo, Kreis Groß-Schlesien, der 1. Kompanie eines Grenadier-Regiments sich durch Hingabe und hingebende Kameradschaft auszeichnete. Stundenlang hatten die Truppen im stärksten Trommelfeuer ausgehalten, jeden Augenblick den Angriff des Feindes erwartend. Ein Zurückweichen von Verwundeten am Tage war eine Unmöglichkeit, erst im Schutze der Nacht konnte dies geschehen. Der Unteroffizier Greilich, der Gruppenführer unseres Bataillons, war im Laufe des Tages durch Granatschuß schwer verletzt worden. Der Gefreite Klotz und die Grenadiere Klotz und Bregilla wollten ihren Unteroffizier zum Verbandspfad tragen. Ein Vorwärtsschreiten in den völlig geschossenen Graben war unmöglich. Ohne zu zögern traten die Bregilla heraus aus dem Graben, um den schwerverwundeten fortzutragen; da schlug in unmittelbarer Nähe eine Granate ein, die den Gefreiten Klotz und den Grenadier Klotz auf der Stelle tötete. Ungeachtet der Gefahr schleifte Grenadier Bregilla seinen hilflosen Gruppenführer in ein Granatloch, um ihn nicht schußlos auf freiem Felde den Granatsplittern und Schrapnell auszuliefern. Dann eilte er zu seinem Zugführer und holte andere Leute zur Unterstützung. Doch auch ein zweiter Versuch, den schwerverletzten in Sicherheit zu bringen, scheiterte in dem starken Artilleriefeuer. Von seinem Zugführer befragt, ob er es noch einmal versuchen wolle, äußerte Bregilla in schlichten Worten: „Meinen Unteroffizier lasse ich nicht im Stich.“ Und dieses Mal glückte der schwierige, lebensgefährliche Transport. Das Eiserne Kreuz II. Klasse schmückt jetzt die Brust des Tapferen.

Am 18. März 1915 ging im frühen Morgenmiste eine Patrouille der 2. Kompanie des Füsilier-Regiments Generalfeldmarschall Graf Moltke (Schlef.) Nr. 38 in Stärke von 1 Unteroffizier und 4 Mann gegen den Feind um festzustellen, ob eine feindliche aufgestellte Sappe vom Feinde besetzt sei. Die Patrouille drang in die Sappe ein und verjagte die feindlichen Wachen. Ein Mann der Patrouille (Wehrmann Chroft) verhielt sich durch wohlgezielte Schüsse das Anrücken feindlicher Verstärkungen. Da der Nebel sich plötzlich teilte, mußte die Patrouille den weiteren Patrouillengang aufgeben und zog sich zurück zum eigenen Graben zurück. Hier merkte man, daß der Wehrmann Chroft fehlte. Der Nebel war unterdessen ganz verschwunden und die Morgensonne leuchtete hell über den Kreidboden der Champagne. Da-

Deutsch-Amerika als Bate in Ostpreußen.

— Professor Eugen Kühnemann wirbt in einem Artikel in der „Chicagoer Abendpost“ für den Gedanken, daß die Deutsch-Amerikaner nach dem Vorbild der deutschen Städte die Patenschaft an einer der von den Russen zerstörten Ortschaften Ostpreußens übernehmen, Kühnemann teilt mit, Amerika solle zum Wiederaufbau den Kreis Ragnit bekommen, mit der kleinen Stadt gleichen Namens, der unmittelbar an die russische Grenze stößt. Der Breslauer Gelehrte bemerkt hierzu laut „Köln. Ztg.“:

Wie der amerikanische Charakter wuchs im Leben des Pioniers, der die Grenze sicherte und erweiterte, so sei den deutschen Amerikanern das deutsche Pionierland vertraut. Nirgend hat die Wut der russischen Soldaten entsetzlicher gecast: die Opfer, die Stadt liegen in Asche. Von den etwa 84000 Einwohnern aus Kreis und Stadt sind über 4000 in die Gefangenschaft verschleppt. Nirgend ist ein besseres Feld für amerikanische Großherzigkeit. Laßt diese Häuser wieder aus den Trümmern erheben. Gebt denen, die am ersten und am schwersten gelitten, Dach und Heim. Ein deutscher Architekt aus Amerika soll die neuen Heimstätten bauen. Er ist bereits gefunden. Es wird eine deutsche Stadt, aber ihr mögt ihr etwas geben von amerikanischem Charakter, amerikanischer Freundlichkeit und amerikanischem Wohlwollen. Um die alten Straßen mit ihren historischen Namen mögen sich vielleicht die neuen ziehen und in ihren Namen an die amerikanischen Väter New-York, Milwaukee, Cincinnati, Indianapolis, Chicago, Detroit, Cleveland und wie sie heißen, erinnern. So entsteht ein Deutschlands ferner Grenze ein Stückchen Amerika, von Deutsch-Amerika geschaffen. Deutschen Kindern fliegen in ihre Spiele hinein die fremden Namen. Und für alle Zeiten bleibt dieses Symbol von Deutschland und Deutsch-Amerika, wie sie sich in Liebe fanden und gemeinsam das neue deutsche Leben schufen.

Den Deutsch-Amerikanern, die in diesem Kriege schon oft und reichlich ihre Opferwilligkeit bewiesen haben, bietet sich hier eine gewiß willkommen gezeigte Gelegenheit, ihre Anhänglichkeit an die alte Heimat in einem großzügigen Gutsverste mit zu bekunden.

Das Eiserne Kreuz.

* Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten: Drogeriebesitzer Unteroffizier Infanterie-Regt. 61 Theodor Melarski aus Groß-Wartenberg i. Schl.; Unteroffizier Infanterie-Regt. 10 Max Besoff; Kriegsfeldwebel Jäger-Befr. Mag. Menge, Sohn des Gutsinspektors Menge in Weidenhof, Kreis Breslau.

Aus England.

W.W. London, 15. Februar. Die Handelskammern des Vereinigten Königreichs bestimmten den 29. Februar und die folgenden Tage zu einer Konferenz, welcher McKenna und Bonar Law beizuwohnen werden. Es soll dabei über den Handel nach dem Kriege beraten werden. Inzwischen sind von den verschiedenen Handelskammern ungefähr 70 Resolutionen eingelaufen. In einer wird gesagt, der Krieg habe gezeigt, daß die Stärke und Sicherheit der Nation in Zeiten der Gefahr in der Fähigkeit liege, alles Nötige in Fabriken, die auf heimatischem Boden stehen, zu produzieren. Eine andere schlägt vor, die Regierung solle sofort Schritte tun, um ein Ministerium für Handel und Industrie mit einem Handelsminister an der Spitze zu schaffen, der dem Kabinett angehört. In einer weiteren Resolution wird ein Handelsbündnis mit den Ententemächten gegen die jetzigen Feinde vorgeschlagen und angefordert, daß im Falle, daß die Regierung nicht darauf eingehe, die Handelskammern selbst Vertreter der Verbündeten und der britischen Dominions einladen sollen, um über diesen Gegenstand zu beraten.

Wierzehn Resolutionen fordern die Regierung auf, die Frage einer gegenseitigen Bevorzugung aller Teile des britischen Reiches und von auf Gegenseitigkeit beruhenden Handelsbeziehungen zwischen dem britischen Reich und den alliierten Ländern, ferner einer vorzugsweisen Behandlung der neutralen Länder sowie einer Regelung der Zölle und Handelsbeziehungen im Verkehr mit feindlichen Ländern in Erwägung zu ziehen. Weiter fordern sie die Regierung auf, Schritte zu tun, um die Rückkehr zu den vor dem Kriege herrschenden Verhältnissen unmöglich zu machen.

Die Handelskammer von Manchester, einer Stadt, die bisher als Hochburg des Freihandels galt, verwarf gestern den Antrag der Direktoren, daß die Freihandelspolitik nach dem Kriege fortgesetzt werde, und daß alle Verträge, ein Schutzsystem einzuführen, zurückgewiesen werden sollten. Alle Redner betonten, daß es notwendig sei, Schritte zu tun, um den deutschen Handel nach dem Kriege auszuscheiden oder einzuschränken.

Aus Ostafrika.

W.W. London, 15. Februar. (Reuter). Nach Meldungen aus Ostafrika, die bis zum 15. Januar gehen, haben verschiedene erfolgreiche Schanzungen mit dem Feinde stattgefunden. Am 5. Januar wurde eine feindliche Abteilung zurückgedrängt, die versuchte, Bomben auf der Ugandaabahn zu legen. Zwei Tage später griff eine Patrouille eine feindliche Patrouille bei Manguan an. Der Feind zog sich zurück. In der Nähe trafen unsere Truppen die feindliche Streitmacht an und trieben sie auf die Hauptmacht des Feindes zurück. Am 7. Januar griffen sieben Flugzeuge zwei feindliche Lager bei Voi an der Ugandaabahn an. Am 10. Januar wurde wieder eine feindliche Abteilung, die Bomben auf der Ugandaabahn legen wollte, zurückgedrängt. Sonst ist alles ruhig. (Notiz: über den Inhalt und die Glaubwürdigkeit dieser Meldungen ist an dieser Stelle zur Zeit nichts bekannt.)

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

88. Berlin, 16. Februar. Nach der Erörterung über die Besprechung der auswärtigen Politik (vergl. die erste Seite) setzte das Abgeordnetenhaus die Debatte über die Ernährungsfragen fort.

Der Sozialdemokrat Hoyer, selbst Rittersgutsbesitzer in Ostpreußen, behauptete, die Steigerung der Preise auf dem Lebensmittelmarkt sei größer als die tatsächliche Steigerung der Kosten der Landwirtschaft. Wenn Deutschland hungert, so hat nicht England daran schuld, sondern die deutsche Landwirtschaft. Die Agrarier sind insofern die Verhinderer der Ernährung. (Große Unruhe. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Besonders traurig ist die Lage der Kriegsernährung, die für deutsches Geld nicht einmal die notwendigen Nahrungsmittel bekommen können. Zur Abstellung dieser Mängel müssen energische Maßnahmen ergriffen werden.

Der konservative Abgeordnete Hoffmann führte demgegenüber aus: Wir müßten uns daheim ebenso wie die Krieger im Felde bemühen vereint und geschlossen zusammenzugehen. Die Rede Hoyer's aber fördere in maßloser Weise den Klassenhaß. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten haben allerdings selbst gesagt, der Klassenkampf werde bestehen bleiben. Sie haben immer den Zwang zur Arbeit abgelehnt, verlangen aber jetzt, daß der Bauer mit der Peitsche zur Arbeit herangeführt werde. Wir werden uns das merken, daß die Sozialdemokraten den Zwang zur Arbeit für einen bestimmten Beruf einführen zu können glauben. Aber trotz allen Versuchen, den Klassenhaß zu schüren, geht kein Volk mit der Begeisterung und der inneren Überzeugung in den Kampf, wie unser deutsches Volk. (Wohlgelautet.) Der konservative Redner trat dann im einzelnen dem Angriff Hoyer's auf die Landwirtschaft wegen angeblicher künstlicher Verteuerung der Kartoffeln und des Fleisches, sowie der Futtermittel entgegen und bestritt den Standpunkt Hoyer's, daß die Agrarier ihr persönliches Interesse über das allgemeine gestellt hätten und zwischen ihnen und der Volksmasse ein unüberbrückbarer Abgrund gähne.

Einfuhrverbote in England.

W.D. London, 16. Februar. Eine Kabinettsorder verbot, außer mit besonderer Erlaubnis, die Einfuhr von Papier, Wappe, Zeitungsmasse und allen anderen Materialien zur Herstellung von Papier, ferner die Einfuhr periodischer Druckschriften, die sechsundsechzig Seiten überschreiten, mit Ausnahme einzelner Exemplare durch die Post, die Einfuhr von Tabak, Zigarren, Möbelholz, Steinen und Schiefer. Eine andere Kabinettsorder verbietet den britischen Schiffen, mit Ausnahme der Küstenfahrzeuge, ohne Erlaubnis vom Handelsamte ihre Reise anzutreten.

Vorschüsse an die Türkei.

W.D. Konstantinopel, 16. Februar. Nach einem Bericht des Budgetausschusses der Kammer betragen die von der türkischen Regierung seit Beginn des Krieges mit den Mittelmächten abgeschlossenen Vorschüsse 21 618 816 Pfund. Hierzu kommen 20 Millionen Pfund und 1 240 000 Pfund, welche die Regierung den zwei jüngst genehmigten Gesetzen zufolge demnach in Deutschland aufnehmen wird, womit die Gesamtsumme der aufgenommenen und der in der nächsten Zeit aufzunehmenden Vorschüsse 42 858 816 Pfund betragen wird.

W.D. London, 16. Februar. Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio vom 18. Februar: Hier eingegangene Depeschen besagen, daß Tschungking in Szechwan in die Hand der Rebellen gefallen ist, und daß die Regierungstruppen zu diesen übergegangen sind.

Innerepolitische Schwierigkeiten in Chile.

W.K. Aus Santiago, den 20. Dezember 1915, wird uns geschrieben: Noch in der letzten Woche der Amtsperiode des greisen Präsidenten Barros Luco, der in fünf Jahren etwa fünfzig Ministerien hat kommen und gehen sehen, ist eine neue Ministerkrise ausgebrochen. Schon vor etwa sechs Wochen wurde im Senat, wo die liberale Allianz die Mehrheit hat, scharf gegen die vom Finanzminister Edwards eingebrachten, allerdings sehr weitgehenden Steuerprojekte Stellung genommen. Das hatte zur Folge, daß die der Allianz angehörigen Mitglieder des jetzigen Kabinetts, das ein sogenanntes unpolitisches Verwaltungskabinet ist, ihren Rücktritt erklärten, worauf das gesamte Ministerium um seine Entlassung einkam. Etwa vier Wochen lang lagen sich die Verhandlungen wegen Bildung eines neuen Kabinetts hin, es fanden sich aber nicht die nötigen Personen zusammen, die bereit gewesen wären, für die wenigen Wochen bis zu dem am 28. d. M. eintretenden Präsidentenwechsel noch ein Ministerium zu übernehmen. Vor einigen Tagen hat nun eine neue Abstimmung im Senat die Minister veranlaßt, abermals nachdrücklich ihre Entlassung zu erbitten, ein Wunsch, dem sich der Präsident nicht mehr verweigern konnte. Es ist ihm gelungen, im letzten Augenblick ein für die noch fehlenden sieben Tage seiner Regierung bestimmtes Kabinet aus persönlichen Freunden zu bilden, die sich bereit erklärt haben, des nationalen Dekors wegen ihn bei der Amtsübergabe zu begleiten.

Es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die der liberalen Allianz angehörige Mehrheit im Senat dem neuen Präsidenten, der von den Parteien der Koalition gewählt worden ist, von Anfang an durch Obstruktion bei der Beratung des Budgets Schwierigkeiten bereiten will. Der Senat hat kürzlich diese Beratung des Budgets, das eigentlich vor dem 1. Januar unter Dach sein soll, aber seit einer Reihe von Jahren niemals bis zu diesem Termin angenommen worden ist, bis zum 31. Dezember aufzuschieben beschlossen.

Schlesien.

Großstädte und flaches Land.

* Nachstehende Ausführungen verdienen als Beitrag zur vielerörterten Frage der Nahrungsmittelversorgung der Städte besondere Beachtung:

Unsere Großstädte sind, nahrungswirtschaftlich betrachtet, gewaltige Verbraucher ohne jeden Bruchteil eigener Erzeugung, reine Nachfragegebiete. Das Preisgebot regelt ihre Versorgung, und wie gut diese Steuerung arbeitet, sieht man daraus, daß recht häufig im Friedenszeiten der scharfe Wettbewerb die Preise auf den Großstadtmärkten unter die Preise der kleineren Städte mit landwirtschaftlicher eigener Erzeugung und breitem landwirtschaftlichem Hinterland drückt. Bei der Sperre der Absatzzufuhr fällt heute die ganze Last der großstädtischen Versorgung auf unser flaches Land; bei der Schärfe der Nachfrage wird das Land in einem Grade in Anspruch genommen, wie es in Friedenszeiten nie der Fall war. Dementsprechend groß ist die Zahl der Zwischenhändler, die sich zwischen Erzeugungsgebieten und Verbrauchsgebieten schieben, und die letzten Winkel unseres Vaterlandes aufsucht, um den starken Bedarf der Großstädte zu befriedigen. Das führt natürlich zu manchen Klagen der Landbevölkerung, im besonderen Kleinbäuerlicher Gebiete, über eine rückwärts-

lose Auspolderung. Dr. Georg Heim schreibt darüber im „Regensburger Anzeiger“: „Wie Heuschreckenschwärme überziehen zurzeit Unterhändler das flache Land. Alles, Eier, Butter, Schmalz, besonders Vieh, suchen sie zusammenzukaufen um jeden Preis.“ Die einheimische Versorgung des flachen Landes leidet schwer unter diesen Verhältnissen, sowohl bei Fleisch wie bei Butter und Eiern. Nebenbei ist, daß nach manchen Erfahrungen und Zuschriften aus der Oberpfalz, wie Dr. Heim berichtet, diese Händler den sehr häufig allein wirtschaftenden Frauen gegenüber mit Grobheiten und Drohungen die Vorräte abpressen. Sehr häufig leistet eine verfehlte lokale Höchstpreispolitik, die mit Friedenspreisen auskommen glaubt, dieser Ausbeutung des flachen Landes noch Vorschub.

Dieser Klageauf, der zwar aus Bayern stammt, aber auch für viele nichtbayerische Bezirke zutrifft, ist das Gegenbild zu den so oft gehörten Klagen über Zurückhaltung von Vorräten. Das eine wie das andere ist schärfstens zu beurteilen. Hier wie überall in unserer Nahrungswirtschaft werden zum Schluß organisatorische Maßnahmen allein imstande sein, Abhilfe zu schaffen.

Demgegenüber ist sehr zu bedauern, daß sowohl der Verband der Viehhändler Deutschlands, als auch der Verein Berliner Viehkommissionäre in einer gleichartigen Resolution Stellung gegen die in der Ausführung befindliche Syndizierung des Viehhandels genommen haben. Die damit bekundete Abneigung gegen eine alle Interessen umfassende Organisation mit voller Beteiligung des vertrauenswürdigsten, bewährtesten Viehhandels, spricht sehr für die Notwendigkeit einer solchen längst erwünschten, aber immer wieder vereitelten Regelung der Vieh- und Fleischversorgung. Dagegen hat der Viehhandel, gegen dessen Mächtigkeiten die neuen Maßnahmen hoffentlich sich als nützlich erweisen werden, sowohl in der bereitwilligen Betätigung als auch in unserer Provinz durch Massenaufkauf alles erreichbaren Viehs für die Konserverfabriken deutlich gezeigt, daß seine Geschäftsinteressen mit vaterländischer Pflichterfüllung und Förderung des Gemeinwohls nichts zu tun haben. Aus allen Gegenden wird berichtet, daß Aufkäufer sich überboten haben, um noch vor Eintreffen der neuen Organisation die gut zahlenden Fabriken mit Vieh zu versorgen und damit die Versorgung der Großstädte mit frischem Fleisch zu beeinträchtigen.

Die gegenwärtigen der großen Aufgaben des soliden Viehhandels spottenden Zustände hat der Vorsitzende des Westpreussischen Viehhändlervereins L. Maher in einer Versammlung der Viehhändler des Ostens zu Marienburg am 13. d. Mts. treffend gekennzeichnet. Nach dem Bericht der „Allgem. Fleischzeitung“ führte er aus:

Man dürfe sich nicht verhehlen, daß in den letzten Monaten im Viehhandel Zustände eingetreten sind, die keineswegs geduldet werden dürfen. In den Viehhändlerkreisen hätten sich Leute eingenistet, in der einzigen Absicht, recht schnell reich zu werden. Diese Elemente seien es, die dem Viehhandel am meisten schaden. Wer den Viehhandel zu seinem Lebensberuf gewählt und sich seine Existenz gegründet habe, werde sich nicht dazu erniedrigen, wüste Spekulation zu treiben.

Ein weiteres Unglück sei die Spekulation auf dem Gebiete der Konserverherstellung gewesen. Hunderte hätten auch hier geglaubt, schnell reiche Leute werden zu können. Und so sei denn der Umstand eingetreten, daß auf den Viehmärkten trotz des großen Viehangebots die Preise immer weiter in die Höhe gingen.

Deutlicher kann das dringende Bedürfnis durchgreifender Maßnahmen im Viehhandel kaum begründet werden.

Neuregelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch.

* Die vom Bundesrat beschlossene Neuregelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch setzt gestaffelte Preise nach Wirtschaftsgebieten für Schweine der verschiedenen Gewichtsklassen als Stoll oder Wiegestelle fest.

In den Regierungsbezirken Breslau, Oppeln und Posen darf der Preis für 60 kg Lebendgewicht, nichtern gezogen, nicht übersteigen für Schweine über 90—100 kg 98 M., über 80—90 kg 88 M., über 70—80 kg 78 M., über 60—70 kg 73 M., von 60 kg und darunter 68 M.; für fette (früher zur Zucht benutzte) Sauen und Eber über 150 kg 108 M., über 120—150 kg 103 M., von 120 kg und darunter 83 M. Für den Regierungsbezirk Liegnitz sind die Preise für Schweine in den genannten Gewichtsklassen wie folgt festgesetzt: 102, 92, 82, 77 und 72 M., für Sauen und Eber 112, 107 und 87 M.

Der Preis erhöht sich bei Schweinen (mit Ausnahme ehemaliger Zuchtfaunen und Zuchtgeber) im Lebendgewicht, nichtern gezogen, von über 100—110 kg um 10 vom Hundert, von über 110—120 kg um 15 v. H., von über 120—140 kg um 20 v. H., von über 140 kg um 25 v. H. Die Höchstpreise gelten für Barzahlung bei Empfang. Für die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Verladeestelle des Viehhalters und die Kosten der Verladung daselbst darf ein Zuschlag nicht erhoben werden; ist aber die Verladeestelle weiter als zwei Kilometer vom Standort des Tieres entfernt, so kann für diese Kosten ein Zuschlag zum Höchstpreis berechnet werden, der für je angefangene 50 kg Lebendgewicht eine Mark nicht übersteigen darf. Maßgebend ist der Höchstpreis des Bezirks, in dem sich die Ware zurzeit des Vertragsabschlusses befindet.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen, insbesondere die durch die Landeszentralbehörden gebildeten Viehhandelsverbände, können Abweichungen von den Höchstpreisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks anordnen. Zu Abweichungen nach oben ist die Zustimmung des Reichsanwalters erforderlich.

Der Breslauer Stadthaushaltsplan.

* Nach dem Entwurf des Stadthaushaltsplanes für 1916, der vom Magistrat aufgestellt worden ist und demnächst der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden wird, betragen die dauernden Ausgaben 44 994 310 M. (+ 785 215 — das Mehr oder Weniger gegen den vorjährigen Voranschlag ist in Klammern daneben gesetzt), die einmaligen Ausgaben 524 875 M. (+ 13 130), die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen 285 225 M. (— 6855), das Hauptvertragsordinarium (1) zur Verstärkung von Ausgabenstellen des Haushaltsplanes 277 245; 2) für unvorhergesehene außerordentliche Zwecke: a. allgemein 300 000, b. Familienbeihilfen 1) für niedrig besoldete Beamten 133 000, 2) für Arbeiter 267 000, c. Teuerungszulagen für Arbeiter 380 000) 1 357 245 M. (+ 333 416), mithin die gesamten Ausgaben 47 161 655 M. (+ 1 124 906). Die Einnahmen setzen sich zusammen aus ordentlichen Einnahmen mit 17 307 860 Mark (— 18 665), aus den überschüssigen der Betriebsverwaltungen mit 7 150 795 M. (+ 490 725) und keinen außerordentlichen Einnahmen (— 1 299 153) zusammen,

betragen also im ganzen 24 458 655 M. (— 857 093). Demnach übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 22 703 000 M. (+ 1 982 000). Dieser Fehlbetrag soll, wie schon mitgeteilt, durch folgende Steuern gedeckt werden:

a. Gemeindegeldsteuer mit 3,7 v. H. des gemeinen Wertes der Grundstücke, entsprechend 190,88 v. H. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer mit 5 982 000 M.
b. 200 v. H. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 2 400 000 M.
c. 228 v. H. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als Gemeindegeldsteuer mit 14 941 000 M.

Von der schlesischen Sozialdemokratie.

* Eine Konferenz für den Bezirk Mittelschlesien der sozialdemokratischen Partei, die 13 Wahlkreise umfaßt, hat der „Volksmacht“ zufolge folgenden Beschluß gefaßt: „Angeichts der Haltung der feindlichen Regierungen, die jede Friedensbereitschaft von sich weisen, kann die sozialdemokratische Fraktion keine andere Stellung als die der weiteren Verteidigung des Landes einnehmen. Die Konferenz lehnt die Auffassung der Minderheit ab und behauptet die Schädigung für die Partei, die sich aus dem Sonderverhalten der Minderheit ergibt. — Die Konferenz erwartet, daß die Fraktion in Zukunft wieder die Einigkeit und Geschlossenheit beibehält, die den Interessen und den Wünschen der Arbeiterklasse entspricht.“ Der erste Teil der Resolution wurde mit 28 gegen 8, der zweite gegen 2 Stimmen beschloßen.

W. Tannhausen, 15. Februar. Heute nachmittag setzte bei Südwind und einer Temperatur von —10° C. lebhaftes Schneetreiben ein, das bis abends anhält. Die Gebirgslandschaft ist wieder vollkommen winterlich, da selbst im Tale die Schneefahrt gegen zehn Zentimeter beträgt.

O. Brieg, 15. Februar. Im Kreisverein für Obst- und Gartenbau hielt gestern abend Gartenmeister Langer aus Proslan einen Vortrag über Gemüsebau 1916.

* Breslau, 16. Februar. Der Schneefall, der gestern nachmittag begonnen hatte, hörte in der Nacht auf, und der Morgen brachte prächtigen Sonnenschein. Im Laufe des Vormittags setzte jedoch wieder neuer Schneefall ein. Die Lufttemperatur stieg heute vormittag von 5 Grad Kälte auf 0 Grad.

— Aus den polizeilichen Mitteilungen. Gestohlen wurden: in der Nacht zum 15. Februar aus den Schankräumen Pohlenstr. 10 durch Einbruch Fleischwaren, Zigarren, Zigaretten, Getränke, Brot und Semmeln. In Peterwitz bei Schmolz ist in einer Kiegelei ein starkes Kupferfäß von 50 Meter Länge gestohlen worden. Vor dem Anlauf wird gewarnt. Angaben zur Ermittlung werden nach Zimmer 61 des Polizeipräsidiums erbeten.

— Auf dem Hauptbahnhof verunglückte heute um 4 Uhr früh eine Frau, die mit dem Meinen der Eisenbahnwagen auf dem Bahnsteig 2 beschäftigt war. Sie glitt von einem verschneiten Wagen ab und brach sich das Fußgelenk. Samariter der Feuerwehr legten einen Notverband an und schafften sie nach dem Wenzel-Gandek-Krankenhaus.

Handelsteil.

* Versammlung Breslauer Börseninteressenten. Breslau, 16. Februar. Angeregt von günstigen Berichten über die Erfolge unserer Heere und von der befriedigenden Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse, wozu auch der vermehrte Verkauf des Stahlwerksverbandes beitrug, blieb die zuversichtliche Haltung in der privaten Börsenversammlung bestehen, konnte sich teilweise auch noch kräftigen. Es trat dies wieder auf dem Gebiete der Bergwerksaktien hervor, von denen Oberschles. Eisenbahndarfst., Caro und Koss-Aktien gut beachtet waren. Ihnen schlossen sich auch Kohlenloshewer-Aktien an, wozu die erfolgte Zinspreiserhöhung den Anlaß bot. Von sonstigen industriellen Unternehmungen waren Archimedes heute bevorzugt, während Schleif-, Mühlenwerke und Textilwerke etwas vernachlässigt blieben. Von heimischen Fonds standen Schlesische Pfandbriefe und Provinzialhilfskassen in einigem Verkehr. Staatsanleihen waren gut gehalten, sonst war die Tendenz auf diesem Gebiet nicht ganz einheitlich. Der Satz für täglich kündbares Geld war heute etwas leichter.

W.D. Berlin, 16. Februar. Börsenbericht. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft konnte sich im Börsenverkehr die feste Grundstimmung auch heute erhalten, wobei Kaufkraft sich wieder für die führenden Montan-Kriegsindustriewerte kund gab. Hierbei wirkt der glänzende Geschäftsablauf der Hirsch-Kupferwerke nach. Es werden dadurch Hoffnungen auf ähnliche Ergebnisse bei denjenigen Gesellschaften geweckt, deren Geschäftsabläufe noch nicht bekannt gegeben sind. Interesse zeigte sich auch für Kohlenloshewer auf die beschlossene Zinspreiserhöhung. Auch Erdölaktien werden wieder mehr beachtet. Vom Rentenmarkt ist nichts Besonderes zu berichten.

Berlin, 16. Februar. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Goldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

Wkt.	16.	15.	Wkt.	16.	15.
1/2 New-York 1 Doll.	5,36 G	5,34 G	5/8 Norwegen 100 Kr.	154 1/2	153 1/2
do.	5,38 B	5,36 B	4/8 Schwed. 100 Kr.	103 1/2	103 1/2
4/8 Holland 100 Guld.	230 1/2	229 1/2	do.	104 1/2	103 1/2
do.	231 1/2	229 1/2	5/8 Oest.-Ung. 100 Kr.	69,45	69,45
6 Dänemark 100 Kr.	153 1/2	152 1/2	do.	69,55	69,05
do.	154 1/2	153 1/2	6 Rumänien 100 Lei.	84 1/2	84 1/2
5/8 Schweden 100 Kr.	153 1/2	152 1/2	do.	88 1/2	85 1/2
do.	154 1/2	153 1/2	6 1/2 Bulgarien 100 Lewa	77,00	77
5/8 Norwegen 100 Kr.	153 1/2	152 1/2	do.	78	78

* „Silecia“, Neue Oppelner Portland-Zementfabrik, Aktien-Gesellschaft, Oppeln. Wie uns ein Privattelegramm aus Berlin meldet, beschloß der Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen. Für 1914 kamen 8 Proz. für 1913 13 Proz. Dividende zur Verteilung.

Preiserhöhung für Stärke- und Stärkegüter. Gemäß Beschluß der von der Erntekartoffel-Verwertungs-Gesellschaft einberufenen Sirupfabrikanten wurden die Preise aller Sorten Sirup und Stärkegüter für die Mengen, die vom 14. d. M. bei der Stärke-Sirup-Zentrale in Würzburg zur Anstellung gelangen, um 2 M. für 100 kg erhöht. Die Erhöhung wird dadurch begründet, daß die Beschaffung des Rohmaterials sonst erschwert gewesen wäre. Die Verteilung des angebotenen Sirups und Stärkegüters erfolgt auch künftighin durch die „Stärke-Sirup-Zentrale“ in Würzburg.

Preiserhöhung beim Siegerländer Eisenstein-Syndikat. Das Siegerländer Eisenstein-Syndikat erhöht für das zweite Vierteljahr die Verkaufspreise für Rohspat am 70 A und für geröstetem Spateisenstein um 1 M. pr. Tonne.

Weitere Preiserhöhungen der Bleistiftfabriken. Die deutschen Bleistiftfabriken erhöhen wegen der immer schwierigeren Produktionsverhältnisse ihre bisherigen Aufschläge um 25 Proz., ausgenommen sind hiervon einige feinste Sorten.

W.D. Berlin, 16. Februar. Getreidebericht. Der Verkehr am Produktmarkt war auch heute sehr ruhig. Das Angebot blieb beschränkt und die Notierungen unbedeutend hoch, sodaß nur kleine Umsätze zustande kamen.

W.D. Berlin, 16. Februar. Frühmarkt. Im Warenhandel es-mittelte Preise: Ausland, Weizenmehl 98 bis 98, Weizenmehl 115 bis 120, Weizenmehl 440, Weizenmehl 440, Weizenmehl 440, trockene geschrotete Weizenmehl 53,50 bis 54,00, Zidorenbroden 46 bis 47, Weizenmehl 18,00 bis 14,50, vollwertige Weizenmehl 60 bis 61, Weizenmehl 40, Runkelrüben 2,50 pro Zentner.

* Glogau, 15. Februar. Marktbericht. Kartoffeln 7,20 M., Butter 4,60—4,80 M., Eier (Wandel) 2—2,20 M.

